

rikanischen Erfahrungshorizont, von dem aus sie urteilen. Es bleibt zu wünschen, daß alsbald auch aus der neugewonnenen gesamtdeutschen Perspektive auf ein offenkundig bedrängendes Kapitel Zeitgeschichte wissenschaftliche Beiträge zu dieser Fragestellung geleistet werden. Die theoretischen Defizite im Umgang mit den in neuer Dimension auftretenden Nationalismen und den vielfältigen Formen von Rassismus können nur in einer öffentlichen und sachlichen Diskussion abgebaut werden, die die Ebene des gehobenen Journalismus überschreitet. Das vorliegende Buch verdient dafür starke Beachtung und die Übersetzer Anerkennung für eine ebenso rasche wie solide Übertragung einer komplizierten Materie ins Deutsche.

Matthias Middell

Georg G. Iggers, Ein anderer historischer Blick. Beispiele ostdeutscher Sozialgeschichte, Fischer-Taschenbuchverlag, Frankfurt a. M. 1991, 197 S.

Verdienstvoll ist die Herausgabe dieses Bandes im Jahre 1991 schon deshalb, weil er in einer Zeit pauschaler Verdikte über die DDR-Geschichtswissenschaft – in nicht geringem Maß auch von deren früheren Akteuren – grundsätzlich die Anregung und Aufforderung zu einer differenzierten Sicht enthält.

Georg G. Iggers ist ein profunder ausländischer Kenner der DDR-Historiographie. Nicht nur aus der Ferne galt

ihr sein Interesse, sondern seine regelmäßigen Besuche im Lande schon zu Zeiten, als dies keineswegs selbstverständlich war, und die in diesem Rahmen geführten fruchtbaren Debatten ließen ihm einen unlassenden Einblick in deren Geschichte gewinnen. Im jetzt vorgelegten Band werden acht sozialgeschichtliche Arbeiten von DDR-Autoren (J.Kuczynski, H. Zwahr, S. Schütz, H. Harnisch, J. Peters, H. Schultz, S. Jacobett), deren Niederschrift teilweise schon längere Zeit zurückliegt, veröffentlicht. Auf ihre Vorstellung kann an dieser Stelle verzichtet werden, denn mehrheitlich erschienen sie schon an anderer Stelle. Das Interesse gilt im folgenden der Einleitung des Herausgebers, die über ein ledigliches Einführen in die folgenden Texte weit hinausgeht. Vielmehr nutzt *Iggers* die Gelegenheit, eine ganze Reihe von Problemen der DDR-Historiographie aufzugreifen, seine Betrachtung macht schließlich mehr als 20 % des Buches aus.

Daß er als engagierter Verfechter der Sozialgeschichte das Hauptaugenmerk auf die Beziehungen der DDR-Geschichtswissenschaft zu dieser Teildisziplin konzentriert, überrascht nicht. Fraglos ist der Feststellung zuzustimmen, daß es langer Zeit und der Überwindung nicht weniger Widerstände bedurfte, bis jene sich zu entwickeln und etablieren vermochte. Zutreffend nennt *Iggers* zwei Aufsätze in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (in 12/1980 von Konrad Irmischer und 4/1986 von Horst Handke), die als Indikatoren der schließlichen Veränderung herangezogen werden können. Bei der Schilderung einer ganzen Reihe von Einzelproblemen in

diesem Zusammenhang ist ihm diskussionlos zuzustimmen. Und dennoch liegt in einer Gegenüberstellung DDR-Geschichtswissenschaft versus Sozialgeschichte auch das zentrale Problem der Erörterungen. Es durchzieht leitmotivisch den gesamten Aufsatz. Lange Zeit erwecken *Iggers* Darlegungen den Eindruck, als halte er den Marxismus heute überhaupt für erkenntnisunfähig, weil obsolet; sein Verweis auf den Abfallhaufen der Geschichte spricht eine deutliche Sprache. Ebenso voller Skepsis ist sein Gesamturteil über jene Historiographie, die sich nach 1945 zunächst in der SBZ und später in der DDR entwickelte, wiewohl gerade mancher Vergleich zur Bundesrepublik auch bemerkenswerte Feststellungen trifft, die heute gern übersehen werden. Jene Abschnitte, in denen der Autor über dennoch vorhandene Potenzen des Marxismus zu sozialistischem Denken spricht, von auch in der DDR existent gewesenen Freiräumen und über Möglichkeiten, dem zuvor als unumstößlich festgeschriebenen Weg zu verlassen, scheinen zu seinem Gesamturteil im Gegensatz, ja, im Widerspruch zu stehen.

Diese auffällige Unentschiedenheit läßt sich auch erkennen bei *Iggers* Schilderungen des erwähnten widerspruchsvollen Entstehens der Sozialgeschichte in der DDR. Dabei liegt gerade im detaillierten Nachvollzug des Weges von der durch die für Wissenschaftspolitik Verantwortlichen zunächst argwöhnisch betrachteten Teildisziplin bis hin zu Aufforderungen Kurt Hagers (z.B. im Jahre 1983, zuletzt wiederholt im Sommer 1989!) zu vermehrter sozialgeschichtlicher For-

schung ein spannendes Untersuchungsfeld. Eine komparative Analyse aller Teildisziplinen der DDR-Historiographie könnte dann eine Antwort auf die Frage erlauben, ob es möglich ist, jeweilige Abstände von der „offiziellen DDR-Linie“ in Näherungen und Weiterungen konkret zu ermitteln und ob sich die Sozialgeschichte dabei tatsächlich „am weitesten“ von dieser weg entwickelt habe.

Im Nachvollzug der Arbeitsbedingungen von DDR-Historikern, der wichtige Aspekte zupackend schildert und Widrigkeiten und Schwachstellen eindeutig benennt, ist manche Aussage dennoch nicht vollends zutreffend. So etwa ist die Feststellung, jeder junge Historiker habe zunächst einen längeren Armeedienst leisten müssen, um so Systemkonformität und Eignung zum Jünger der Muse Klio zu demonstrieren, nicht stichhaltig. Der Rezensent präsentiert sich und seinen Jahrgang zukünftiger Geschichtswissenschaftler als Gegenbeispiel. Denn der wahre Grund für eine ab der zweiten Hälfte der 70er Jahre tatsächlich einsetzende Forderung an alle künftigen Studenten nach längerem Wehrdienst hatte seinen Ausgangspunkt nicht im oben erwähnten Zusammenhang, sondern resultierte aus dem Mangel an Offizieren und Unteroffizieren in der Armee. Auch wird man nicht unbesehen akzeptieren können, alle staatlichen wissenschaftlichen Zeitschriften hätten nur marxistische Arbeiten gedruckt. Das ausschließlich von Theologen an der Leipziger Universität gestaltete Heft 1/1988 der Wissenschaftlichen Zeitschrift könnte hier angeführt werden. Wohl gemerkt, es geht hier nicht um das bekannte Haar in der Suppe, sondern

um einen möglicherweise von *Iggers* zu wenig beachteten Umstand: In fast allen Fällen sind die von ihm mit einem Ausschließlichkeitsanspruch versehenen Bestimmungen der Disziplinierung, der Maßregelung, des Zwanges bei genauer Betrachtung der ehemaligen ostdeutschen Realität durch ein „Ja, aber...“ zu relativieren. Diesen auch für andere Bereiche der DDR geltenden Wesenszug hat Bernd Okun in dem wissenschaftssprachlich sicher nicht endgültigen, nichtsdestoweniger zutreffenden Ausdruck des „Soft-Stalinismus“ gefaßt. Genau hier liegt eine Erklärung, warum manche Historiker eben doch größere Möglichkeiten hatten, als heute oft zugestanden wird; und ebenso, warum es – wie von *Iggers* völlig zutreffend beobachtet – unter Historikern praktisch keine Dissidenz oder Opposition gab.

Fast scheint es, als habe *Iggers* das auch verspürt. Seine abschließende Bewertung, gleich anderem halte er die DDR-Historie nicht für einen monolithischen Block (S. 35), belegt dies.

Und so geht von diesem verdienstvollen Buch auch die direkte Aufforderung aus, in der Zukunft genau zu untersuchen, in welchen Rahmenbedingungen sich Sozialgeschichte, aber auch alle anderen Teildisziplinen und Forschungsrichtungen der DDR-Historiographie entfaltet und wie sie dabei zur gesamten Geschichtswissenschaft standen. Zugleich ist dieselbe, nicht zuletzt in Aufhebung hagiographischer Texte der Vergangenheit, auf den Begriff zu bringen. Für diese Anregungen und seinen ersten Beitrag ist dem Herausgeber des besprochenen Bandes ausdrücklich zu danken.

Gerald Diesener

Maoz Azaryahu, Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz. Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, hrsg. von Shulamit Volkov und Frank Stern, Band 13), Bleicher Verlag, Gerlingen 1991, 214 S.

„Was geschieht, wenn die Erfahrung eines Ereignisses dazu führt, daß der Name des Erfahrenen auf das Ganze der Geschichte übertragen wird? Zeitigt nicht jeder Name in dem Maße, in dem er der Name eines Ereignisses ist und selber ein Ereignis (der Sprache) darstellt, einen totalisierenden Effekt, auch wenn er ... sich darin nicht erschöpft?“

Mit diesen Worten verkündet der Suhrkamp-Verlag Alexander García Düttmanns Versuch über Heidegger und Adorno: *Das Gedächtnis des Denkens* (1991). Stiftung und Schuld (also die Nicht-Integrierbarkeit von Erfahrung, wie der Historiker Niethammer sie definiert): In den Wendungen der Politik um Straßennamen wird diese Philosophie konkret. *Von Wilhelmplatz zu Thälmannplatz*: „und zurück“, möchte man ergänzen. *Maoz Azaryahu*, seines Zeichens Israeli, schrieb seine Dissertation über politische Symbole im öffentlichen Leben Ostdeutschlands zu einer Zeit, als dieses sich noch DDR nannte (1987/88). Der Mauerfall kam dem Prozeß der Publikation in die Quere und konnte sich im Vor- und Nachwort nur noch andeutungsweise einschreiben (auch die Buchkunst spricht von „Umbruch“). Doch hat diese „Wende“ das Buch nicht – wie viele andere Werke zum Thema DDR – dementiert, sondern seine Thesen potenziert: Nationale Symbole sind implementierbar wie jene